

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin 5,50 M. im voraus zahlbar, bei Postzustellung monatlich 5,50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Straßband 6,75 M. (Deutschland und Ostpreußen), für das übrige Ausland 15.— M. zuzüglich Postaufschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Die achtzehnjährigen Marineoffiziere oder deren Neuen, sowie jede Werk-Ausgabe, als auch die Familien- und Organisationsausgaben werden laut auferlegtem Anzeigen-Tarif berechnet. Instruktion für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-96, 9769

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kein übereiltes Vorgehen!

Die Lage in Duisburg.

Berlin, 31. März.

Die Reichsregierung hat aus Duisburg das nachstehende Telegramm bekommen:

Die Lage in Duisburg hat sich so zuspitzt, daß die Ordnung nur durch unverzügliches Eingreifen der Reichswehr wiederhergestellt werden kann. Rückstufende bewaffnete Massen haben die Ausgänge der Stadt besetzt und zwingen mit Gewalt die Werke zum Stillstand. In der Stadt selbst herrscht nach wie vor die Willkür einiger linkskommunistischer Elemente. Die Hoffnung, in der Stadt beim Zusammenbruch der roten Front mit Polizei und Ordnung Ordnung selbst wieder herzustellen, muß aufgegeben werden.

Oberbürgermeister. Zentrumspartei. Sozialdemokratische Partei. Deutschdemokratische Partei.

Wir widersprechen aufs Schärfste der Entsendung der Truppen. Erst müssen alle Möglichkeiten erschöpft worden sein, um durch Verhandlungen mit den Arbeitern und ihren Organisationen die Ordnung auf der Grundlage der Bielefelder Beschlüsse wiederherzustellen.

Die Zugeständnisse der Regierung.

Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien hatten gestern die Forderungen an die Regierung gerichtet:

- 1. eine bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen zu geben,
- 2. die über dieses Abkommen hinausgehenden militärischen Schritte und Maßnahmen aufzuheben,
- 3. den General Watter abzurufen und eine 48stündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zuzugestehen.

Zu der darauf erteilten Antwort der Regierung, die Punkt 1 und 2 erfüllt, meint die „Vossische Zeitung“, sie könne wohl dahin verstanden werden, daß nunmehr der Vertreter der staatlichen Zivilgewalt die alleinige Entscheidung über alle weiteren militärischen Vorkehrungen im Ruhrrevier erhält. Die Situation würde vereinfacht worden sein, wenn man diesen auch dem Sinn der Verfassung entsprechenden Zustand von vornherein geschaffen hätte. Jedenfalls ist er das einzige geeignete Mittel, um die dringend notwendige Veruhigung im Ruhrrevier herbeizuführen.“ Das „Berliner Tageblatt“ meint, es sei durch die Regierungserklärung

eine wesentliche Erleichterung der Situation geschaffen, da die Regierung die von den Arbeiterorganisationen erbetene bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen erteilt und auch die 48stündige Frist für die Ausführung des Abkommens zugestanden habe.

Sehr unzufrieden mit der Antwort der Regierung ist dagegen die schweizerische „Post“. Sie schreibt: „Nur mit ernstester Sorge kann man die Haltung der Regierung betrachten. Von dem mit großem Kathos angekündigten Ultimatum scheint nicht mehr viel übrig geblieben zu sein. Die Tatsache, daß sie ihren Willen nicht in die Tat umzusetzen vermag, bringt schon genug. Was werden die nächsten Stunden bringen?“

Der Kerger über die Vermeidung eines Blutbades unter der Arbeiterschaft ist allzu deutlich.

Düsseldorf, 30. März

Der Düsseldorfer Volkswacht, der der in der vergangenen Nacht vertrieben worden war, ist wieder eingezogen worden. Die Sicherheitswehr hat heute wieder das Rathaus, das Ständehaus und alle öffentlichen Gebäude besetzt. Die roten Truppen sind abgezogen.

Ein Warnruf.

In welchem Maße sich die Lage im Ruhrrevier am Montag vormittag zuspitzt hatte, geht aus nachfolgendem Telegramm hervor, das der Oberbürgermeister von Dagen, Abg. Cuno, der „Vossischen Zeitung“ sandte, und das am Dienstag nachmittag hier eintraf:

„Die Waffen niederlegung war durch sorgfältige Verhandlungen bis einschließlich Mülheim gesichert; aber das Ultimatum der Reichsregierung, insbesondere die scharfe Form der Zugeständnisse des Befehlshabers, die für unannehmbar gehalten und von der Arbeiterschaft so aufgefaßt werden, daß sie das Bielefelder Abkommen absichtlich aus der Welt schaffen wollen, hat den Ruhrkrieg wieder entzündet. Die Ungeschicklichkeit, daß Hauptmann Lorenz für den Reichskommissar unterzeichnet hat, bestärkte jeden Rest von Vertrauen darauf, daß das Befehlshaberkommando durch die Zivilbehörde kontrolliert werde. Infolgedessen ist der Generalstreik erklärt worden. Die Arbeiterschaft ist überzeugt, daß der weiße Terror nach ungarischem Muster durch eine Militärdiktatur Watter brachstig sei. Sie ist erfüllt von verzweifelter Entschlossenheit, die Industrie mit sich zu begraben und Scheitern von Sprengung der Schächte nicht zurück.“

fümmige Diktatur der Goetz und Genossen wird die Arbeiterschaft ihrem Sender an den Galgen geliefert.

Diese Ausführungen zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft mit den Taten von Goetz genau so wenig zu tun hat, wie mit denen anderer mehr oder weniger zurechnungsfähiger Abenteuer.

Befehung Eudenwaldes durch Reichswehrruppen.

Eudenwalde ist gestern nachmittag gegen drei Uhr von einem Bataillon Reichswehrruppen besetzt worden. Kein Mensch wehrte sie gewis nicht. Der Arbeiterschaft hat sich infolgedessen große Erregung bemächtigt. Der erste Bürgermeister Mannkopf und ein Führer der Unabhängigen, Genosse Schwert, sahen im Automobil den Truppen entgegen, um Erkundigungen über ihren Auftrag einzuholen. Der Kommandeur der Truppe erklärte, sie hätten Befehl erhalten, die Stadt zu besetzen und sämtliche öffentlichen Gebäude wurden daraufhin gestern abend besetzt. Von dem Kommandeur der Truppen wurde sofort ein Ultimatum erlassen, daß bis heute mittag um 11 Uhr sämtliche Waffen und Munition von den Arbeitern abgeliefert werden müssen, andernfalls wird strenge Bestrafung angedroht. Die Arbeiter haben ihrerseits ein Gegenultimatum gestellt und verlangen, daß die Truppen bis 12 Uhr Eudenwalde verlassen sollen, andernfalls sich die Arbeiterschaft ihre Maßnahmen vorbehalten.

Ein angeblicher Kommunist.

Die bürgerliche Presse veröffentlicht umfangreiche Telegramme über die angeblichen Taten eines Abenteurers Goetz und sucht für sie die organisierte Arbeiterschaft verantwortlich zu machen. Demgegenüber zitieren wir die folgende, der unabhängigen „Volkzeitung für das Vogtland“ in Plauen vom 23. März entnommene Ausführung.

Goetz nennt sich Kommunist. Aber kein Tun und Treiben hat mit der Politik und Taktik, die die Kommunisten unter dem Druck der Verhältnisse überall einzuschlagen gezwungen wurden, nichts zu tun. Sein Auftreten und seine Taten gleichen vielmehr einem politischen Abenteuerer, dem die wirklich politisch-tätige Arbeiterschaft niemals ihre Unterstützung leisten darf. Nicht nur die Arbeiterbewegung als solche, sondern auch der Sozialismus überhaupt wird durch solche romantischen Revolutionsproleten aufs Schärfste diskreditiert und geschädigt.

Wir halten es für unsere Pflicht, mit ungewöhnlicher Schärfe zum Ausdruck zu bringen, daß wir diese unmoralische Tat auf das Entschiedenste verurteilen. Aber Goetz geht noch weiter. Soeben wird gemeldet, daß der als Geisel mitgenommene Oberstaatsanwalt Dr. Gumbel heute mittag 12,30 Uhr in Plauen freigelassen werden soll. Ist so etwas nicht pures Wahnsinn? Der Oberbürgermeister Dr. Lehmann und Vertreter des Plauener Volkswirtschaftsausschusses haben sich sofort nach Plauen begeben, um dies anzusehen. Tat zu verhindern. Auch der Volkswirtschaftsausschuss mißbilligt dieses Treiben des Goetz in schärfster Weise und hat dies dem Rat gegenüber bereits zum Ausdruck gebracht. Durch ein solches

Revolutionäre Krise in Dänemark

Die heftigen Klassengegenätze, die alle kapitalistischen Staaten erfüllen, haben urplötzlich auch in Dänemark, dessen Entwicklung sich bisher in konstitutionell-demokratischer Bahnen bewegte, eine revolutionäre Krise heraufbeschworen, die Land und Volk vor schicksalsschweren Ereignissen stellt.

Ähnlich wie jetzt in Deutschland, ist die revolutionäre Krise in Dänemark durch einen Vorstoß der reaktionären Parteien zum Durchbruch gelangt, die den Augenblick für gekommen erachteten, durch einen Staatsstreich an die politische Macht zu gelangen. Unter dem Einfluß der reaktionären Hofelite und im Einvernehmen mit den konservativen Oppositionsgruppen hat der König das seit sieben Jahren amtierende Kabinett Zahle verabschiedet und ein konservatives Geschäftministerium eingesetzt, dessen erste Tat nur sein kann, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Das Vorgehen des Königs ist vollkommen verfassungswidrig, und mit Recht bezeichnet die große Mehrheit des dänischen Volkes den als Hüter der Verfassung bestellten König als Missetäter gegen die Rechte des Volkes.

Dem Staatsstreich in Dänemark liegen sowohl innen- wie außenpolitische Ursachen zugrunde. Das Land steht vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen, da am 9. April circa 150 000 Arbeiter durch Aussperrung brotlos gemacht werden sollen. Den kapitalistischen Scharmachern scheint es deshalb besonders erwünscht, die Macht in die Hände eines konservativen Ministeriums zu legen, das den Getrennstandpunkt des Kapitals besser zum Ausdruck bringen könnte, als das aus Vertretern der Linksparteien bestehende Kabinett Zahle. Neben diesen Erwägungen spielt bei dem dänischen Staatsstreich die Abneigung des Hofes und der konservativen Parteigruppen gegen die antimexicanistische Politik des bisherigen Kabinetts eine besondere Rolle. Der Ausfall der Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone, nach der Flensburg samt der ganzen Zone bei Deutschland verbleiben soll, hat die chauvinistische Stimmung in Dänemark außerordentlich gegen das Kabinett Zahle erbittert, dessen korrekte, friedensfreundliche Haltung den Klängen der dänischen Amerikaner zuwiderläuft. Obwohl in den Sitzungen des soeben vertagten Reichstags die Opposition kein Wort über Neuwahlen hatte verkünden lassen, forderte sie jetzt plötzlich in einem Presseselbstgespräch Neuwahlen, die die Regierung selbstverständlich ablehnen mußte, da das neue Wahleres noch nicht verabschiedet ist und die Vorbereitungen für die Teilnahme der neu hinzugekommenen schleswigschen Gebiete an den Wahlen nicht beendet sind. Nun wußte die Opposition den König auf, der unter Hinweis auf die angebliche Verschiebung der Parteiverhältnisse, die nicht einmal durch eine Lösung des Parlaments festgestellt werden konnte, den Rücktritt der Regierung verlangte. Als der Ministerpräsident Zahle dies ablehnte und sich auf das Vertrauen des Parlaments berief, wurde er kurzerhand vom König als abgesetzt erklärt, der einen Konservativen mit der Bildung des Kabinetts betraute.

Man geht wohl kaum fehl, in den antimexicanischen Bestrebungen des Königs und seiner Räteher die Haupttriebfeder für sein verfassungswidriges Vorgehen zu sehen. Wiederum erweist es sich, daß die Monarchie, selbst in parlamentarisch regierten Ländern, eines der Hauptstützen der Reaktion auf innen- und außenpolitischem Gebiet ist. Kein Wunder deshalb, daß auch in Dänemark durch das Vorgehen des Königs eine ungeheure Verärgerung der republikanischen Stimmung eingetreten ist. Die radikale Presse spricht sich scharf gegen den König aus, und die sozialdemokratische Partei gibt in einem Aufruf die Parole der Ablehnung des Königs und der Einführung der Republik aus.

Voll kühner Entschlossenheit ist sofort nach dem Bekanntwerden des Staatsstreiches die dänische Arbeiterklasse auf dem Kampfplatz erschienen. Schon am Montag nahmen die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine Entschloßung an, die die Wiedereinstellung des verabschiedeten Ministeriums und die sofortige Einberufung des Reichstags verlangte. Wenn diese Forderung

Am Dienstagabend nicht erfüllt würde, sollte eine Versammlung der vereinigten Gewerkschaften über den sofortigen Eintritt in den Generalstreik beraten. Das Ultimatum der Arbeiterchaft wurde dem König übermittelt, der sein Vorgehen als harmlos darzustellen suchte, und den sozialdemokratischen Parteiführer Stauning zu sich bat, um mit ihm eine Aussprache herbeizuführen. Es kam indes zu keiner Verständigung, vielmehr hielt der König an der Ernennung des neuen Geheimministers fest. Andererseits erklärte Stauning, daß ein Generalstreik unvermeidlich sei, wenn der König an seinem verfassungswidrigen Vorhaben festhalten werde.

Die Lage wird in Kopenhagen als so ernst angesehen, daß das Militär in den Kasernen konzentriert ist und sich in feindlichmänniger Ausrüstung zum augenblicklichen Ausrücken bereithalten muß. Von sozialdemokratischer Seite ist der Beschluß gefaßt worden, den gesamten Eisenbahnverkehr ohne vorherige Ankündigung augenblicklich stillzulegen, falls der Versuch gemacht werden sollte, Truppen aus dem Lande nach der Hauptstadt zu schaffen. Andernfalls beginnt der Eisenbahnstreik zur selben Stunde, wie der Generalstreik, der für heute 12 Uhr angekündigt ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Vorgehen der dänischen Arbeiterklasse in starkem Maße durch das grandiose Beispiel des Generalstreiks in Deutschland beeinflusst ist. Wie hier, greift auch die Arbeiterklasse in Dänemark zielbewußt und entschlossen zu der Waffe des Generalstreiks, um das Attentat der Reaktionen gegen die Rechte des Volkes abzuwehren. Wie hier, erscheint die Arbeiterklasse in Dänemark in geschlossenen Reihen auf dem Kampfplatz, um den ihr gebührenden Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Geltung zu bringen. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Parole des Generalstreiks in Kopenhagen und in den anderen Städten des Landes von der Arbeiterchaft befolgt werden wird. Auch die Landarbeiter und Kleinbauern auf dem höchsten Lande, die in den letzten Jahren sehr radikalisiert worden sind, dürften sich der Generalstreikparole anschließen. Nur ein völliger Rückzug des Königs könnte den Ausbruch des Generalstreiks verhindern, der selbstverständlich weit über die gesteckten Ziele hinausgehen würde. Aber selbst wenn der König in letzter Stunde den Rückzug antritt und zu einer Verständigung mit den Mehrheitsparteien gelangt, dürfte die politische Entwicklung Dänemarks einen starken Aufwind nach links erfahren. Die politische Stagnation in Dänemark, die in dem letzten Jahre eingetreten war und unter anderem auch eine starke Vermumpfung der sozialdemokratischen Bewegung herbeigeführt hatte, scheint überwunden zu sein. Der Vorstoß der Reaktionen hat auch hier den Stein ins Rollen gebracht. Für Attentat gegen die Verfassung hat die Arbeiterchaft den Plan gerufen. Diese Bewegung wird nicht an einem Punkte stehen bleiben, sondern entsprechend den verstärkten Klaffensgesängen im Lande schneller und härter als bisher den sozialistischen Endzielen des internationalen Proletariats zustreben.

Kopenhagen, 30. März

Die sozialdemokratische Partei veröffentlichte einen Aufruf, in dem es heißt: In naher Zukunft können wir Wahlen erhalten. Wir fordern, daß die arbeitende und demokratisch führende Wählerbevölkerung auch bis zum letzten Mann stimmt und die reaktionären Pläne zu vernichten sucht. Lösung bei den Wahlen ist Durchführung der Demokratisierung der Verfassung, Einführung der Republik und des Einkammersystems und Herabsetzung des Wahlrechters auf das 21. Lebensjahr. Es muß in der Verfassung eine Einheitsliste geschaffen werden, damit keine Wichtige Partei die ruhige parlamentarische Entwicklung führen kann.

Die sozialdemokratische Partei hielt heute abend eine große Protestversammlung gegen das Vorgehen des Königs ab, an der gegen 60 000 Menschen teilnahmen. Zwanzig sozialdemokratische Redner sprachen zu der Menge und protestierten gegen das Vorgehen des Königs, das als ein Bruch der Verfassung bezeichnet wurde. Schließlich wurde einstimmig eine Entschlossenheit angenommen, in der es heißt: Die Volksversammlung protestiert auf das schärfste gegen den Staatsstreik des

Königs und vertritt die Forderung der Verfassungswahrung und der Gewerkschaften die vollste Unterstützung bei der Aufgabe, die Wiederherstellung der Verfassung und die Durchführung der Demokratie zu sichern. Die Versammlung löste sich in vollster Ruhe auf.

Die Kaserne als Bildungsstätte.

Die Volksbildungstätigkeit der österreichischen Volkswehr.

Wenn die neue, gesetzmäßige Wehrmacht in Deutschland, aber deren Bewahrung wir bereits berichtet, gebildet sein wird, dann wird sich die bisher bestehende Volkswehr, die Volksläuferin und Bahnarbeiterin der kommenden demokratischen Wehr, aufgelöst haben. Viele ihrer Einrichtungen und Gepflogenheiten aber werden von der neuen Wehr übernommen werden, wie denn überhaupt die Demokratie in der Kaserne bei der Volkswehr bereits mit Erfolg erprobt worden ist. In diesen Einrichtungen gehört die Bildungstätigkeit in der Kaserne. Wie fruchtbar diese Arbeit in der Volkswehr war, ergibt sich aus einer Zuschrift, die wir aus Wien erhalten. Es heißt darin:

Am 18. März 1919 hatte der Volkswehrausschuß der Volkswehr den Beschluß gefaßt, das geistige Leben in der Volkswehr plannäßig zu fördern und zur Entfaltung zu bringen und zugleich der Körperpflege und Sportbetätigung freien Raum zu schaffen. Unmittelbar darauf setzte unter Leitung des Reichsbildungsamtes der Volkswehr ein unter Soldaten bisher für unmöglich gehaltenes reges geistiges Leben ein, gewachst und getragen von den Bildungs- und Sportarbeiten, den gewählten Vertretern der Wehrgenossen. Lehrausschüsse in Elementar-, Sprach- und kaufmännischen Fächern, wissenschaftliche Vorträge, künstlerische Veranstaltungen, Bildungsveranstaltungen durch technische Betriebe und Museen, Soldatenbüchereien und Lesestamm, Theater- und Konzertaufführungen und Wanderausstellungen lebten überall gleichzeitig mit körperlichen Übungen und sportlichen Veranstaltungen auf. Damit war zum ersten Mal die Synthese von geistiger und körperlicher Erziehung im Rahmen der österreichischen Volkswehr vollzogen.

Ein Volkshochschulwesen ganz neuer und umfassender Art entwickelte sich in den Kasernen an Stelle des stürren geistesfeindlichen Drills. In trostlos öde Mannkassinzimmer zog nun der Geist der Bildung auch der Wehr ins Innere ein. Kolle Räume benutzten sich in behagliche Les- und Vortragssimmer zu verwandeln. Die Kasernenhöfe, die bisher nur den Drill gesehen und scharfe Befehle gehört hatten, wurden nun nach und nach neben der militärischen Ausbildung zu Plätzen freier körperlicher Erziehung, durch die die Wehrgenossen sich in Turnen, Laufen, Springen, Fußball und allen anderen Sportarten körperlich kräftigten und kahlten; mit einem Wort, aus den „Menschentümpeln“, wie man die Kasernen früher oft nennen hörte, wurden jetzt Menschenwohnungen, durch die die Sonne der Götter- und Körperkultur hindurchstrahlte. Auch die Kinder der Wehrgenossen wurden zu spielender Arbeit in den Kasernen zusammengenommen und im Sommer zur Erholung, die zugleich spielende Körper- und Herzgebildung war, aufs Land geschickt.

Auch diese Arbeit der Organisatoren des deutschösterreichischen Wehrewesens geben wir dem neuen Rat im deutschen Reichswehrministerium als Anregung mit auf den Weg. Er kann in der Tat zeigen, daß er in Wahrheit ein neuer Mann ist, wenn er auch nur einen Teil dieser Dinge verwirklicht. Wir fügen noch hinzu, daß die österreichische Wehrgenossen periodisch auch für produktive Arbeiten, so für Gärtnereien, Straßen- und Wohnbauten, herangezogen wurden, um sie weiter dem Ideen und vererblichen Wöhrgang, nach dem ihnen Erziehung der Kaserne anheimfallen zu lassen. Selbstverständlich geschäz das unter anständigen Arbeitsbedingungen und nur insofern, als es an Arbeitern mangelte.

Weiterführung der Papierbewirtschaftung.

Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. März 1920 wird die Fortsetzung der Bewirtschaftung des für die Tagespresse und den Buch- und Zeitschriftenverlag bestimmten Druchpapiers angeordnet. Die Bestimmungen halten sich im wesentlichen im Rahmen der bisherigen Regelung. Jedoch tritt bei denjenigen Zeitungen, deren Auflage gegen früher zurückgegangen ist, eine schärfere Kürzung des Bezugsrechts als bisher ein. Das auf diese Weise ersparte Papier soll besonders denjenigen Zeitungen zugewandt werden. Die Fortsetzung der Kontingentierung entspricht dem Wunsche der Verlegerchaft. Insbesondere hat sich auch der Buch- und Zeitschriftenverlag in seiner Nothheit dafür ausgesprochen.

Der Volkshochschulgedanke.

Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Haensch, hat einen Erlass herausgegeben, in dem er darauf hinweist, daß die Volkshochschule ihrer Aufgabe, Weckerin einer neuen geistigen Bewegung im Volke zu sein, noch nicht bewußt geworden ist. Diese Aufgaben kann die Volkshochschule, wie es in dem Erlasse weiter heißt, nur lösen, wenn sie die geistig Suchenden aus allen Kreisen des Volkes in sich vereinigt. Dabei kann sie nicht auf den Boden einer bestimmten Weltanschauung stellen. Ihre Teilnehmer sollen sich vielmehr jeder von dem Boden seiner Weltanschauung aus mit den geistigen Gütern der gesamten Kultur auseinandersetzen.

Dieser Aufgabe kann durch Massenveranstaltungen nicht gedient werden. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist noch nicht zum Durchbruch gekommen. Nicht als ein Fertiges ist das geistige Kulturgut den Teilnehmern zu bieten, das nur hinzugenommen zu werden braucht, sondern als ein zu Eroberendes, der Souveränität des Geistes unterworfen. Die Volkshochschule wendet sich in der Form der Arbeitsgemeinschaft an Wenige. Das liegt in ihrem Charakter als Volkshochschule begründet. Ihrem Charakter als Volkshochschule wird damit kein Abbruch getan, denn sie öffnet ihre Pforten allen Schichten des Volkes und schließt niemanden aus, der die Benutzung zu seinem selbständigen geistigen Leben in sich trägt.

Die Volkshochschule soll nur einen Ausschnitt aus dem freien Volkshochschulwesen darstellen. Es herrscht vielfach die Auffassung und sie scheint immer mehr zur Geltung zu kommen, daß das gesamte freie Volkshochschulwesen in den Rahmen der Volkshochschule eingepaßt werden müsse. Dem freien Volkshochschulwesen verbleibt vielmehr neben der Volkshochschule eine Fülle von Aufgaben, deren Lösung nicht minder dringlich ist, als die der Volkshochschularbeit.

Die Volkshochschule Groß-Berlin, die im allgemeinen diese Grundsätze und Methoden zu pflegen sich bemüht, hat ihre Lehrpläne, die durch den Generalstreik unterbrochen worden war, wieder aufgenommen. Das erste Quartal 1920 geht zu Ende und die Lehrpläne für das zweite Quartal werden demnächst herauskommen. Wir glauben schon jetzt mitteilen zu können, daß der neue Lehrplan den Anforderungen der sozialistischen Weltanschauung reichere Möglichkeiten geben wird, ihr Wissen vom Boden ihrer Sekundäraus zu entwickeln, als der frühere.

Aufruf zum Bürgerkrieg.

Auch General v. d. Golz läßt es kein Raue. Der alte Schlächter wittert Arbeiterblut. Er fürchtet, der Kampf gegen die Arbeiterchaft mit Nordwesten, jeden Kolibers könnte entbrennen, und er könnte es verfahren, dabei zu sein oder doch zum mindesten sein Teil dazu beigetragen zu haben. Außerdem quält ihn die Angst, die Armee könnte „verdorben“ werden durch die Entfremdung des konterrevolutionären Offiziersstandes. Darum warnt er und winkt mit dem roten Tuch. In einem Artikel in der für solche Zwecke besonders geeigneten „Täglichen Rundschau“ schüttet er sein gequältes Preußenherz aus, wobei er offen den konterrevolutionären Geist und Verstand der Reichswehr zugibt. Der Mann schreibt:

„Die teilweise gemachte Unterscheidung zwischen Reichswehr und antibolschewistischen Truppen ist verwerflich, denn der eigentliche Zweck der Reichswehr ist Kampf gegen den Bolschewismus. Sorgen wir also dafür, daß die Reichswehr aller Grade die Gefahr und Pflicht erkennt, daß die Befehle ihrer militärischen Vorgesetzten unbedingt befolgt werden, daß alle Verbände, einschließlich der gut ausgebildeten Pretrivilligenformationen, sich als ein geschlossenes antibolschewistisches Heer fühlen, das aus sachlichen Gründen und Vaterlandsliebe seinem Führer gehorcht. Nur einheitliche Disziplin kann uns retten. Jeder sei bereit, wenn nötig, sofort ausgebildet in die Reihen zu treten. In Berlin, dem Mittelpunkt Norddeutschlands, aber in der Provinz. Auch ist man nirgends so sicher wie bei einer guten Truppe. Dem Studium und den meisten Berufen kann man nur nachgehen, so lange wir noch keinen bolschewistischen Staat haben. Die Ausbreitung des Bürgerkrieges kann nur verhindert werden, wenn die Bolschewisten, welche grausam aber feige sind, das Bürgerrecht sich organisiert, ausgebildet und bewaffnet gegenüber wissen. Denn die Masse der bolschewistischen Mittelalter will nicht kämpfen, sondern ist nur mit der Aussicht auf unblutige Beute aufgebezt.“

So fährt v. d. Golz den Kampf für „Kultur und Volkstum“ und für den Rechtsstaat, wie er seine blöde Hebe gegen das revolutionäre Proletariat nennt. Wir stehen mitten im Bürgerkrieg“, ruft er aus, wobei der Wunsch Vater des Gedankens ist. Die organisierte Arbeiterchaft wird dafür sorgen, daß gemeinschaftliche Elemente dieser Art, die sich in Aufrufen zum Bürgerkrieg sadistisch ergehen, jeden Einfluß im öffentlichen Leben für immer verlieren.

Die Kommunalbeamten und der Generalstreik.

Der Gewerkschaftsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Bezirksgruppe Groß-Berlin) nahm in einer überaus stark besuchten Versammlung in der Postkassette des Berliner Stadthauses Stellung zu dem Generalstreik der Gewerkschaften in den Umherliegenden. Mit großem Beifall entgegengenommen wurden die Resolution des Direktors Kennerst vom Deutschen Beamtenbund und des Hauptgeschäftsführers Händler vom Bund der technischen Angestellten und Beamten. Die Versammlung nahm fast einstimmig folgende Entschlossenheit an: „Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsbundes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Bezirksgruppe Groß-Berlin) billigt die auf Grund des Aufrufs des Deutschen Beamtenbundes seit dem Generalstreik getroffenen Maßnahmen. Die Versammlung verlangt, daß unterzüglich Richtlinien für zukünftige Fälle festgelegt werden.“

Der Verlauf der Versammlung zeigt, daß die Angestellten und Beamten ihrer Fühnung treuhaft folgen und sich für zukünftige Fälle ähnlicher Art in Bereitschaft halten. Wir sind überzeugt, daß im Laufe dieser Kämpfe sich das Bündnis zwischen Beamten, Angestellten und revolutionärer Arbeiterchaft enger und enger verschmilzt.

Die Heedt-Truppen.

Am 30. März gegen 9 Uhr abends zogen lange Säre von Truppen durch Schönberg nach dem Militärbahnhof. Auf den Maschinengewehren und Minenwerfern liebten gedruckte Zettel folgenden Inhalts: Nieder mit der revolutionären Arbeiterchaft! Nieder die rote Armee! Nieder Spartakus! Hoch die Monarchie! Hoch das Kaiserreich! Hoch die Reaktion!

Arbeiter, wagt Ihr, was das zu bedeuten hat!

Auf der Museumsinsel.

Die Herren Professoren und Direktoren sind vielfach die reaktionärsten und nöthsten Deutschen bei uns in Deutschland. Sie freuten sich längst wieder über das Auftreten des Militärs wie die Kinder über die Weisoldaten und hängen sofort die alte preussische Königshöhne aus. Auch die künftigen Männer der Berliner Museumsinsel sind nichts anderes. — Und nun fragt es sich: Wer hat es angeordnet, daß schon am 16. März auf den stöallischen Museen die alte Adler-Flagge von neuem erdient? Wer löst sie für jeden Fall weiter aufzuwahren? Wer sorgt dafür, daß das wichtige Zeichen der „Adlerstreu“ des Volkes nicht verdrängt? Und wer wird es unternehmen, daß gemäß den Vereinbarungen vom 20. März auch unter diesen „gelehrten Herren“ und Kunstbeamten eine gründliche Reinigung vorgenommen wird??

Au der Berliner Universität ist jetzt die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden 14 537. Im Jahre 1912 waren es 9140. Damals zählte die gesamte Studentenschaft Berlins 14 351 Köpfe — heute sind es 20 881. Außerdem haben 1053 Männer und 278 Frauen einen Erlaubnischein zum Hören von Vorlesungen. Der Anteil der Ausländer ist fast gesunken. — Vertragsabend: Oskar Lubwig Brandt und Margarete Jacobs holen am 14. April im Meisteraal ihren am 18. März entfallenen Vertragsabend: „Dichtungen geistiger Revolution“ nach. — Friedrich Panflier wird am 14. April im Miltärpalast von Conrad Ferdinand Meyer, aus „Huttenls letzte Tage“ und Gedichte von Volttag bringen.

Für das Neue Volkstheater wurden Alfred Beckerle, Hans v. Thawrowski, Siegfried Nürnbergger und Edith Angold verpflichtet.

In der Komischen Oper findet am Sonntag, den 4. April (erster Osterfesttag), 7 Uhr, die Aufführung des musikalischen Lustspiels „Wenn Frauen träumen“ von Edgar Wedel statt.

Am Wallhalla-Theater ist am Donnerstag, den 1. d. M., die Generalproben der Operette „Der Schalksinder“ von Franz Lehár, in der Leitung des Herrn E. W. Hoffmann, der 100 Personen erfordern. Das Cabaret ist besetzt worden.

Der Herron „Omnibus Planis“ ist im Verleife erschienen und kostet jetzt 10,50 M. Von unserer Buchhandlung wird er auf unsere Abonnenten mit 14 M. abgegeben

Kämpfendes Proletariat.

Von Max Dornu.
Den gemordeten Brüdern.

Schwärze Keften, rote Keften:
Nacht sie uns zu Kränzen binden!
Röthchen dann, in weißen Kleidern,
Soll'n sie dem Genossen bringen.

Rußt er auch im schwarzen Grabe,
Ungerissen von den Mördern:
Ist kein Geist uns dennoch nahe;
Nabe ist er unserm Herzen.

Toter Bruder, wenn wir Schwerdren;
Daß wir Deinen Rord noch rächen —
Wirst Du es im Grabe hören?

Volkslücke.

Weißes Märzengoldlein sprüht als Licht vom mattblauen Himmel.

Starr steht ein alles Gebäude. Will sich gar nicht erwärmen:

Und doch — es dampft aus den untern Räumen:
Die Volkslücke lockt
Halsbündler Raum.

Mann, Weib und Kind: alles schließt sich
Nicht hungernd; aber hungrig.

Es leben hinterm Schaller
Damen: Damen der „bessern“ Gesellschaft.
Sie können dem hungrigen Volk:
So möchten sie's wissen!
Wie ist es? Sie dienen sich selbst:
Ihrer Sucht nach mildtätigem Schein.

In weißer, sprühendes Märzenglück:
Du bist mein innerer Trost.

Die Schuld Watters.

In der Antwort, die die Regierung den Vertretern der Gewerkschaften gegeben hat, wird behauptet, daß die Vorkonferenz der Arbeiterkongressen Watters nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt habe. Das ist eine grobe Fälschung der Öffentlichkeit. Denn tatsächlich ist auf der Vorkonferenz der Kongresse der Vorkonferenz Watters ein mützig beurteilt worden. Sogar der Reichskanzler Sebering sagte, daß die militärischen Behörden sich leider nicht mit der nötigen Klarheit ausgesprochen hätten, und dies trifft vor allem auf dem General v. Watter zu. Nur der Minister Giesberts nahm für Watter Partei. Er wollte der Konferenz überhaupt keine bindenden Beschlüsse zustimmen, da diese keine verfassungsmäßige Körperschaft sei. Die Arbeitervertreter waren darüber äußerst empört, und die Konferenz drohte auseinanderzuspringen. Als dann der Oberbürgermeister Cuno aus Gagen schwer belastendes Material gegen Watter vorgebracht hatte, lenkte der Minister Braun endlich ein und lediglich seinem Nachgeben und dem energischen Auftreten der Arbeitervertreter ist es zu danken, daß die Konferenz weiter tagen und die bekannten Beschlüsse fassen konnte. Ueber die Haltung Watters sagte Herr Braun:

„Die Haltung des Generals war zu Beginn des Kampfes sehr zweifelhaft. Die Haltung seiner Untertanen war nicht zweifelhaft, denn sie haben sich offen für Kampfführer erklärt. Jedemfalls ist die zweifelhafte Haltung des v. Watter sehr daran schuld, daß die Sache dieses Gepräges genommen hat. Er will allerdings seine Haltung damit rechtfertigen, daß er seine Truppen zusammenhalten wollte, die zum Teil von kappistischen Führern kommandiert wurden, und daß ihm dies nur durch sein Verhalten gelungen sei. Sollte sich aber das Militär von vornherein auf den Boden der Verfassung stellen, so hätte die Bewegung der Arbeiter nicht diese Dimensionen angenommen.“

Watter hat in Dessau dieselbe Rolle gespielt wie Moerker in Sachsen. Es ist daher ein dringendes Gebot der Stunde, daß er so schnell wie möglich davonjagt wird. Ueber seine Mitschuld an dem Kapp-Putsch ist unsern Genossen in Remscheid eine Fülle von schwer belastendem Material in die Hände gefallen. Wir wollen daraus für heute nur die Stelle eines Briefes zitieren, den ein Vertrauensmann am 2. Februar persönlich an den Freiherrn v. Böhmer richtete:

Der Chef Hagemann, Böhmen, Brauborn lassen sagen, daß Watter in Münster durchaus zuverlässig und ganz im Bilde ist bis auf den Hinterrücken, von dem er nichts weiß. Watters Vertrauensoffizier ist Hauptmann von Hassenstein in Münster, der durch Hagemann orientiert ist. Bei Watter vorständig sein, er muß anfangen. Er wird einsehen, daß die Anwesenheit des Korps in Berlin wichtiger ist als dort, darum glaubt hier alles, daß der rhein-westfälische Film nicht von langer Dauer sein wird. Bitte bei Watter persönlich darauf hinzuwirken.

Das ist Watter, der General mit dem ungeschmälerten Vertrauen der Regierung. Der Mann, der durch sein Verhalten die Hauptrolle in dem Ruchgebiet herausbeschworen hat und dessen Abberufung nicht, wie die Regierung sagt, einmütig abgelehnt wurde, sondern von der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unbedingt verlangt wird.

Vollversammlung der Betriebsräte.

Die gestern in vöter Stunde zu Ende gegangene Delegiertenvollversammlung der Betriebsräte hat folgende Entschlüsse angenommen:

Die Stunde des Handelns ist gekommen. Durch Verhandlungen ist die Arbeiterklasse zu dem selbstmörderischen Abbruch des Generalstreiks gezwungen worden. Durch Verhandeln sind unsere schwer bedrohten Massen nicht mehr zu retten. Jedes weitere Zögern gibt der Schatulle die Möglichkeit, unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ein entsetzliches Blutbad anzurichten und auf unweigen das Ziel des 18. März zu erreichen. Die Delegiertenversammlung der Betriebsräte Groß-Berlin beschließt:

Die Arbeiter und Angestellten aller Berufe treten morgen sofort in den Streik ein, um die Generalstreik vorzubereiten. Die Generalversammlung der Delegierten tritt morgen um 1 Uhr wieder zusammen. Die Parolen sind: 1. Rettung der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes. 2. Besetzung der organisierten Arbeiter. 3. Entlassung aller Truppen, die gegen die Arbeiter kämpfen oder gelämpft haben.

Diese Entschlüsse betont, daß der Generalstreik nicht sofort aufzunehmen ist, da die Verhandlungen zwischen dem Kabinett und den Arbeiter- und Angestelltenvertretern noch nicht abgeschlossen seien, die Regierung aber definitiv zugestimmt hat, daß das Ultimatum auf 48 Stunden verlängert wird, und sich weiter bereit erklärte, die Vorkonferenz Beschlüsse anzuerkennen. Es wird eine Kommission nach Essen geschickt, um alle kritischen Punkte auf dem Verhandlungswege beizulegen. Dieser Kommission werden auch Vertreter der U. S. V. sowie R. V. D. angehören.

Studentische Kundgebung gegen die Reaktion.

Der demokratische Studententbund, der sozialistische Studententbund, die Zentrumsguppe, die freideutsche Gruppe, der republikanische Hochschulbund und die sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Handelshochschule hatten für Montag abend alle freibüchlich gesammten Studenten zu einer Kundgebung gegen die Reaktion nach dem Auditorium 140 der Universität geladen. Nach dem Semesterschlusse war der große Erfolg bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die deutschnationalen Studentenvereinigungen waren stark vertreten. Als erster Redner sprach Prof. Bergsträsser über „Putsch, Folgen und Folgerungen“. Er bezeichnete den im ungeschicktesten Augenblicke ausgeführten Putsch als ein politisches Verbrechen, das nie zum Erfolge führen konnte. Eine gute Wirkung habe der Putsch gehabt. Er habe gezeigt, daß innerhalb die republikanische Regierungsform nicht nach rechts hin verändert werden kann.

Die Opposition der deutschnationalen Studenten, die sich während der Rede Professor Bergsträssers in lebhafte Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatte, führte während der letzten Rede des Professors Cetzsch über „Studentenschaft und Gegenrevolution“ zu einem wahren Tumult. Professor Cetzsch begründete als den Anfang der Putschbewegung die Erziehung zur Exklusivität, wie sie auf den Gymnasien und Universitäten betrieb werden.

Die Universität habe dem Putsch neue Kräfte zugeführt. In der Universität habe sich ein Vorbild für die Truppe und für die technische Waffe befunden. Der Rektor der Universität habe die Studenten aufgeföhrt, für die neue Regierung einzutreten. (Eürmliche Pfürze, minutenlanger ungeheurer Lärm.)

denen 18 Arbeiter erschossen. Würmende Jurufe: Schöneberger Rathaus). Die Geschichte über die Vorgänge im Schöneberger Rathaus seien übertrieben.

Der Lärm, der sich während der Rede Professor Cetzschs erhoben hatte, steigerte sich noch, als der Versammlungsleiter erklärte, daß eine Diskussion nicht stattfinden solle.

Ebenso hielt die Studentenschaft der Berliner Universität eine außerordentliche Sitzung ab, um zu den Ereignissen an der Universität in den Putschtagen Stellung zu nehmen. Hierzu lag ein Antrag vor, der ein Mißtrauensvotum gegen die vier Mitglieder des Ausschusses enthielt, die am 18. März eine Bekanntmachung der Kappisten unterzeichnet oder gebilligt hatten. Als der reaktionären Gesinnung der Mehrheit entsprechend, dieser Antrag abgelehnt worden war, erklärten die Vertreter der Minderheit, daß sie ihre sämtlichen Sitze in der Studentenschaft und im Ausschusse niederlegten.

Die politische Aktion der Gewerkschaften.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ verbreitet eine ausführliche Darstellung der Ereignisse der letzten Wochen, die er mit den folgenden Ausführungen abschließt:

Für die Gewerkschaften bedeutet dieser Generalstreik die erste Probe einer groß angelegten politischen Aktion und zugleich einen glänzenden Sieg. Sie haben durch ihr unerschütterliches Zusammenhalten, durch ihre Einmütigkeit das monarchisch-militärische Gewaltregiment besiegt und die Republik gerettet. Aber sie haben noch ein weiteres erreicht. Durch die entschlossene Aufstellung ihres Aktionsprogramms haben sie die Gewerkschaften für eine Neugehaltung der Regierung und für eine durchgreifende Neuordnung der militärischen und verwaltungsmäßigsten Verhältnisse, die eine Wiederkehr solcher reaktionärer Putsche für die Zukunft unmöglich macht. Sie haben endlich die Bahn freigemacht für eine Beschleunigung der Sozialisierung und für eine Arbeiterschaft wirklich betriebende Sozialgesetzgebung. Sie konnten diese Forderungen nicht durchsetzen, ohne ernstlich an das parlamentarische Gewerbe unserer Reichs- und Staatspolitik zu rühren. Sie mußten sich als einen neuen Faktor im politischen Leben einschalten, mit dem Regierung und Parlament sich vor allen entscheidenden Schritten zu berätlichen haben. Es mag demokratische Doktrinare oben, die eine solche Neuordnung als untereinander mit den verfassungsmäßigen Rechten der Vollberechtigten empfinden. Ihnen können wir nur das eine sagen: Ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen erstarrt, ohne sich um die lebendigen wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Gesamtwohl. Der monarchistische Putsch hat gezeigt, wie leicht demokratische Regierungen und Volksvertretungen verjagt werden können. Was aber nicht verjagt, abgekauft oder aufgelöst werden kann, das einzig Weibende, der Muth aller staatsbehaltenden Kräfte, ist das arbeitende Volk, dessen Wirtschaftswerte den Kampf gegen die politisch-militärischen Hochverräther unererschrocken aufgenommen und ihn gewonnen haben. Sie sind es doch, die dem Reich seine legale Regierung und seine Volksvertretung wiedergeben. Aber das arbeitende Volk ist nicht blind für die Schäden und Gefahren der demokratischen Regierung, die ein großes Maß von Ungleichheit in allen Schichten gebildet und indirekt den Unruhbewegungen monarchischer Verschwörer vorgearbeitet haben. Es kann auch nicht länger ruhig zusehen, daß fortgesetzt ein wesentlicher Teil der Arbeiter durch den einseitigen Kampf gegen links aufgereizt und der gemeinsamen Verteidigung der Republik entfremdet wird, weil dadurch die Kraft der Arbeiter als Klasse geschwächt und die Reaktion gestärkt wird.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aus diesem Kampf um die Erhaltung der Republik hervorgegangen als die Bevollmächtigten der arbeitenden Bevölkerung, die mit den verfassungsmäßigen Gewalten über eine den Wünschen des Volkes entsprechende und für eine gesicherte Zukunft Wehr leistende Neuordnung der Verhältnisse zusammenwirken. Die Gewerkschaften haben sich zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe ebenso wenig gedrückt, wie zur Organisation des politischen Generalstreiks. Die Geschichte, die stärker war als die Regierung und die Volksvertretung, hat sie an diesen Platz gestellt und ihnen diese Mission übertragen. Die Volkswaffen, die ihrer Leitung folgten, haben auf sie das Vertrauen gesetzt, daß sie auch die Vereinbarungen durchführen, unter denen der Generalstreik beendet worden ist.

Dieses Vertrauen darf nicht getrübt werden. Die Folgen eines solchen Vertrauensbruchs würden unberechenbar sein für die Organisationen, für die Regierungen, am meisten aber für unser unglückliches Vaterland. Das mögen alle diejenigen erwägen und stets dessen eingedenk sein, die an der Wiederherstellung georbeter Staats- und Wirtschaftsverhältnisse mitwirken haben.

Die Arbeiterschaft wird mit Befriedigung von diesen Betrachtungen des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes Kenntnis nehmen. Besonders Interesse verdienen die Ausführungen über den Parlamentarismus. Wie oft haben wir Neuländisches gesagt, um die verhassten Angriffe von jener Seite dafür zu verhindern, die heute so trefflich mit dem „demokratischen Doktrinar“ abrechnet, die unserer Kritik stets die „vollendete Demokratie“ in Gestalt des neudeutschen Parlamentarismus als das Heil entgegengehalten haben. Wir hoffen, daß der Gewerkschaftsbund bei dieser Auffassung bleibt, nachdem sich gezeigt hat, daß die Gewerkschaften, die Massenorganisationen des Proletariats die gegebenen Faktoren des außerparlamentarischen Kampfes sind, wenn der rechte Geist sie erfüllt. Nur dann können die Volkswaffen auf sie das Vertrauen setzen, von dem in dem Artikel des Nachrichtendienstes die Rede ist. Wir hoffen ferner, daß die Mitglieder der Gewerkschaften aus dieser Aktion ihrer Organisationen gelernt haben, daß die Gewerkschaftsbewegung auch andere Aufgaben zu erfüllen hat, als den Tageskampf um den Lohnkroschen.

Einmalige Beihilfe für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Alle vorzugsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen und Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen werden in den nächsten Tagen eine einmalige Beihilfe erhalten. Die Beihilfe wird in Höhe des doppelten Monatsbetrages der Versorgungsbeurteilung (einschließlich aller Zulagen, Unterhaltungen und Versorgungszulagen) bezahlt werden, so daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im April den dreifachen Betrag ihrer sonstigen Bezüge erhalten werden. Eines besonderen Antrages bedarf es nicht; die Lohnkonten um sind angemessen, die Beihilfen zusammen und den für die zuständigen Behörden zu geben.

Gewerkschaftliches.

Lohnkämpfe bei den Wachs- und Schließgesellschaften.

In einer äußerst hart besetzten Versammlung der Wachs-angestellten gab heute dem Transportarbeiterverband einen ausführlichen Bericht von den Lohnkämpfen die im Monat März geführt worden sind. Bei vier Wachsgesellschaften der Grundbesitzer kam es zur Arbeitsniederlegung. Die Streiks wurden erfolgreich beendet; die Streikfrage müssen die Unternehmer bezahlen.

Der Referent gab dann einen Bericht über das neue Lohnabkommen, das ab 1. April in Kraft treten soll. Fast sämtliche Unternehmer der Wachsgesellschaften haben sich zu einer Tarifgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Forderungen, die den Arbeitnehmern unterbreitet worden sind, betragen für den Monat April für Wachsarbeiter und Wachsarbeiterinnen 400 Mark, für Oberwachler 475 Mark, für Wachmeister und Kontrollanten 500 Mark. Für Mai und Juni soll der Lohn sich um je 25 Mark erhöhen, des weiteren soll alle 14 Tage eine freie Nacht unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Die Unternehmer erklärten diese gemäßigten Forderungen als unannehmbart. Da auf friedlichem Wege keine Verständigung zu erreichen war, ist die Organisation gezwungen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln den Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen.

In der hierauf einsetzenden Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen, und die Zustände als gänzlich unzureichend erklärt. Alle Redner traten dafür ein, am 1. April in den Streik zu treten, was lebhafte Beifall in der Versammlung erweckte. Verschiedene Wachsarbeiter gaben die Einnahmen der Unternehmer aus ihren Bezirken bekannt, und erklärten, daß die gestellten Forderungen restlos erfüllt werden könnten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß überall, da wo die Forderungen nicht bewilligt werden, ab 1. April die Arbeit zu ruhen hat. Der Referent wies noch darauf hin, daß die Unternehmer zu der heutigen Versammlung eingeladen seien, um sich ein Bild von der Stimmung ihrer Angestellten zu machen, leider hätten dieselben nicht den Mut gefunden, an der Versammlung teilzunehmen. Unter allseitiger Zustimmung gab er die Erklärung ab, daß er einen Tarifvertrag, der nicht mindestens alle 14 Tage eine freie Nacht enthält und eine angemessene Lohnsteigerung bringt, nicht unterschreiben werde.

Unter Punkt Verschiedenes wurden mehrere Fälle mitgeteilt, daß beim Generalstreik dem sich die Wachsangestellten zum großen Teil angeschlossen hatten, sich organisierte Arbeiter fanden, die den Wachsangestellten in den Mägen fielen, indem sie Bewachungen ausführten, das müsse in Zukunft unbedingt anders werden.

Mäßregelung wegen Generalstreik.

In den beiden großen Schokoladenfabriken Hildebrandt u. Sohn, Panitzsch, 94/97, und Tollwerk A.-G., Chausseestraße 57, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen seit Beendigung des Generalstreiks in einem Abwechsell.

Nach der bekannten Kapp-Küttich-Verordnung, wonach Arbeitsgeberverband für die Schokoladen- und Süßwarenindustrie den Beschluß, ihren Beruf als lebenswichtigen zu erklären (9) und die Arbeiternehmer aufzufordern, bis Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen. Diesem Rufe folgten nur wenige. Als am 22. März die übrigen wieder zur Arbeit erschienen, wurde ihnen erklärt, daß sie entlassen seien und daß die Firma nur nach und nach eine Wiederbeschäftigung vornehme, und zwar sollte ein neues Arbeitsverhältnis beginnen. Daraus ließen sich die Arbeiter aber nicht ein und traten geschlossen in den Streik. Es werden, wenn keine Einigung zustande kommt, die zuständigen Schlichtungsinstanzen angerufen werden.

Groß-Berlin.

Erhebung des neuen Steuerzuschlags.

Nach Beschluß der hiesigen Körperschaften vom 4. März 1920 gelangt für das Veranlagungsjahr 1919 zur Deckung der im Laufe des Steuerjahres hervorgezeichneten neuen Gemeindefürnisse neben dem bereits erhobenen Zuschlag von 50 Proz. ein weiterer von 50 Proz. von dem veranlagten Normalsteuersatz der Gemeindeeinkommensteuer zur Deckung. Diese Steuer ist mit ihrer vollen Jahresbetrag bereits fertig und soll in der Zeit vom 1. April bis 16. Mai d. J. in der bisher üblichen Form zur Einziehung und Abführung gelangen. Derjenigen Steuerpflichtigen, bezüglich deren die städtische veranlagte Steuer die unveränderte Grundlage der Zuschläge bildet, erhalten keine besondere Nachricht. Alle in dem Stadtbezirken 81 bis 89 (Steuerklasse III, Kurfürstenstraße 143) und 178 bis 181 (Steuerklasse VII C, Peterburger Straße 1) veranlagten Steuerpflichtigen, von denen die Steuern nicht mehr abgeholt werden, erhalten noch eine besondere Aufforderung zur Einzahlung dieses Zuschlages. Gegen diese Veranlagung stehen den Beteiligten dieselben Rechtsmittel und innerhalb derselben Frist zu, wie sie in dem Veranlagungsschreiben über die Hauptveranlagung bekannt gegeben worden sind. (Siehe §§ 69 und 70 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893.)

Blutorden.

Menschen, die für ihre Ideale kämpfen, werden in der Regel nicht darnach trachten, dafür besonders belohnt oder geehrt zu werden. Anders ist es dagegen bei denen, die sich verlaufen und dem ihre Kräfte leihen, der sie am besten bezahlt. Neben der guten Entlohnung und Verpflegung trachten sie aber auch auf die Verteidigung ihrer Geistes, und glücklich schätzen sie sich, wenn sie einen Preis oder ein Bündchen im Knopfloch mit herumtragen können. Die schöne Zeit der Orden und Ehrenzeichen ist ja leider vorbei, aber die Herrschaften aus dem Waite zum machen sich ja doch ihre eigenen Zeichen und auch ihre eigenen Orden. Vor uns liegt eine Urkunde, selbstverständlich in schwarz-weiß-rotter Ausführung, das folgenden Text enthält:



2. Marine-Brigade (Ehrhardt)
Besetzungsgeld.
Der 2. Marine-Brigade...

Die Chirurgische Universitäts-Poliklinik, Siegelstr. 10/11, ist wegen des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in der Woche nach Ostern geschlossen.

Einzahlung der letzten 50 Proz. sehr schonend vorgeschoben.
Begleichung der Strecklage an die Gemeindeglieder wurde einstimmig beschlossen.

Aus dem Gemeindeleben.

Marienborn. Die erste Gemeindevorstandssitzung nach der kurzen Kapp-Verhinderung wurde von unseren Genossen besucht...

Lebensmittellieferanten.

Weihensee. Inhaber der C-Vollmilchsorten, die in den letzten Tagen keine Milch erhalten haben...

Aus den Organisationen.

Bürgerverband Berlin-Brandenburg. Die Vorstandssitzung findet heute abend 8 Uhr im Verbandsbüro...

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsbüro: Berlin N 54, Lindenstr. 83/84.
Am Donnerstag, den 1. April 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstr. 21
Spezialität: Gummiloser Zahnersatz
Zähne 4 M., Zähne 6 M.

Kupfer Messing Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin Gold-, Silber-, Abfälle
Zahngelisse

H. S. P. Neukölln
Todesanzeige
Am 29. 3. verstarb unser Mitglied...

Pianos
Staubfugl, Harmonien jeder Holz- und Sillart.
Max Adam, Münzstr. 16

Nicht in 6-8 Wochen
sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Militär- u. Zivilgarderoben gefärbt...

Spezial-Arzt
Dr. med. Grütoring
Klavier 2500 M. Nullbaupiano

Rupferleitungen, Litzen, Kabel
Kupfer pro kg 14.-M.
Messing „ 7.-M.

Isolieren Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
Ingenieurbüro Schlichling

Elektro-Installations-Materialien
Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln, Spulendrähte...

Freie Welt Heft 11
Die Gegenrevolution im Bilde
30 Bilder und Zeichnungen

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei...

Kupfer, Messing, Zink, Blei
kauft zu Tagespreisen
Gozdek & Snotmans

Der richtige Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen der Abend-„Freiheit“.

Verkaufe
Fried's Ausstattungs-Büro
Gardinenverkauf

Jünglingsanzüge, Prie-derqualität, Resposten, sportlich...

Gestreifte Hosen, Selbstanfertigung, daher billigst...

Möbel-Gelegenheitskäufe
Stubeinrichtung kompl. 1400.-

Metallschmelze
Kupfer, Messing, Zinn, Zahngelisse...

Entlassungs-Anzeige
Ulster kauft höchstzahlend...

Spiralbohrer, auch einzeln
Scheitellast, zum höchsten...

Fahrräder
Fahrradgummi Riesen...

Gardinenverkauf
Kaufgesuche
Metallabfälle

Gestreifte Hosen, darbe Strapsen-Hosen, Jackett-Anzüge...

Möbel-Gelegenheitskäufe
Kaufgesuche
Metallabfälle

Metallschmelze
Kupfer, Messing, Zinn, Zahngelisse...

Entlassungs-Anzeige
Ulster kauft höchstzahlend...

Spiralbohrer, auch einzeln
Scheitellast, zum höchsten...

Fahrräder
Fahrradgummi Riesen...

Unterricht
Richtige deutsch sprechen...